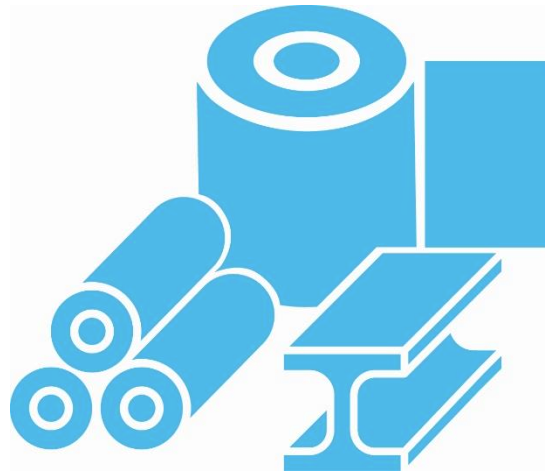


Positionspapier | Februar 2022

Aktuelle politische Positionen zur Transformation der Stahlindustrie in Deutschland



Aktuelle politische Positionen zur Transformation der Stahlindustrie in Deutschland

Die Stahlindustrie in Deutschland steht in den Startlöchern, um durch konkrete Projekte auf dem Weg zur Klimaneutralität ihre Beiträge zu leisten. Sie ist die Branche, die Vorreiter sein kann, Klimaschutz und internationale Wettbewerbsfähigkeit sicher zu stellen. Stahl ist der nachhaltige und essentielle Werkstoff für Energiewende und Transformation. Der Werkstoff lässt sich unbegrenzt recyceln und wiedereinsetzen, was mit der Elektrostahlproduktion in Deutschland bereits umgesetzt wird. Es ist anerkannt, dass die Transformation der Stahlindustrie effizient - weil auf wenige Standorte konzentriert -, effektiv - weil mit hoher Hebelwirkung im Hinblick auf Wasserstoffeinsatz und CO₂ -, und nachhaltig - weil mit breiter Unterstützung auch der Belegschaften - erfolgen kann. Die Transformation der Stahlproduktion ist zudem von großer Bedeutung gerade für die exportorientierten Wertschöpfungsketten in Deutschland und sie ist eine vergleichsweise „low-hanging-fruit“: In keiner anderen Branche können vergleichbar große CO₂-Mengen so schnell reduziert und große Sprünge in eine klimaneutrale Produktion unternommen werden und damit zugleich auch der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft durch die Bereitstellung eines systemdienlichen Nachfrageankers unterstützt werden. Stahl hat hohe Relevanz für eine klimaneutrale Wirtschaft am Standort Deutschland.

Aktuelle Rahmenbedingungen verhindern kurzfristig dringend notwendige Investitionen

Im intensiven Dialog mit der alten Bundesregierung wurden im Rahmen des Handlungskonzepts Stahl in der letzten Legislaturperiode die Bausteine für die Transformation der Stahlindustrie (Transformationsinstrumente, Außenhandel, Energie- und Klimapolitik) identifiziert, eine erste Förderlandschaft aufgebaut und Initiativen zur Umsetzung der Transformation entwickelt. Eine tragfähige Grundlage für einen Einstieg in die Transformation liegt jedoch heute nicht vor: Der unklare politische Zeitplan und die nicht geklärten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen verhindern die bis Sommer 2022 dringend notwendigen Investitionsentscheidungen in Deutschland. Damit werden die Transformation, die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie und unmittelbar zehntausende gut bezahlte Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und mittelbar hunderttausende Jobs in der industriellen Wertschöpfungskette gefährdet.

Besonders kritisch sind insbesondere die folgenden Punkte:

- Die Pränotifizierung der sechs Stahlprojekte im IPCEI Wasserstoff mit einem Einsparpotential von 11 Millionen Tonnen CO₂ ist bereits heute deutlich verzögert. Durch die mitten im Verfahren vorgenommenen Veränderungen der Förderkriterien in der neuen IPCEI-Mitteilung wird die Berücksichtigung der Stahlprojekte insgesamt in Frage gestellt. Gleichzeitig ist die Überführung dieser Projekte in den neuen Beihilferahmen der Energie-, Klima- und Umweltbeihilfen mit großen Unsicherheiten verbunden.
- Der EU-Innovationsfonds erfüllt die Erwartungen nicht: Die erste Ausschreibung war weit überzeichnet und unter den ausgewählten sieben großskalierten Projekten befand sich kein deutsches Unternehmen (47 von 311 Förderanträgen aus Deutschland).

- Das Pilotprogramm zu Differenzenverträgen ist noch zu klein dimensioniert, um einen wirklichen Einstieg in die Transformation zu ermöglichen und die langfristigen Rahmenbedingungen stehen noch nicht fest.
- Das im Klimasofortprogramm vom Juli 2021 angekündigte Pilotprogramm zur Schaffung von grünen Leitmärkten ist in den Startlöchern stecken geblieben.

Den Unternehmen fehlt zudem eine Perspektive, wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben soll. Diese Frage stellt sich einerseits drängender denn je vor dem Hintergrund der stark gestiegenen CO₂-Preise und der explodierten Strom- und Gaspreise, die nicht nur den Einstieg in transformative Prozesse erheblich erschweren, sondern auch den Erhalt der stromintensiven und bereits CO₂-arm produzierenden Elektrostahlproduktion in Deutschland existentiell gefährden.

Hinzu kommt andererseits, dass die Vorschläge der Europäischen Kommission im Rahmen des Fit-for-55-Pakets nicht angemessen reflektieren, dass transformative Prozesse (brownfield) stufenförmig erfolgen: Die Stahlindustrie möchte, wie auch im Handlungskonzept Stahl dargelegt, ein Drittel ihrer Primärstahlproduktion bis 2030 auf klimafreundliche Verfahren umstellen, mit dem Ziel, damit bis zu 17 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. Auch bei bestmöglicher Unterstützung der Transformation durch die oben beschriebenen Instrumente wird dies jedoch nicht gelingen, wenn den bestehenden Anlagen, mit deren Erlösen der Betrag der Industrie finanziert werden muss, der Carbon Leakage Schutz entzogen wird. Die Kommission schlägt genau dies vor, indem die kostenlose Zuteilung abgeschmolzen und diese durch einen lückenhaften und nicht erprobten Grenzausgleich ersetzt werden soll.

Mit in den Blick zu nehmen ist auch, dass die Sekundärroute an ihren Elektroöfen und der nachgelagerten Metallurgie aufwendige Maßnahmen ergreifen, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Dies betrifft neben Investitionen und Kosten auch die vorgelagerte Infrastruktur. Diese Maßnahmen müssen in Förderprogrammen berücksichtigt und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

Was ist jetzt konkret zu tun?

Es muss deutlich mehr Tempo in der konkreten Schaffung der Rahmenbedingungen für die Transformation in Deutschland aufgenommen und diese gleichzeitig durch eine industriepolitische Perspektive im Rahmen des Fit-for-55-Pakets ergänzt werden. Der Austausch mit der Stahlindustrie sollte in einem strukturierten Transformationsdialog fortgesetzt werden.

Die Stahlindustrie unterstützt daher sehr, dass die neue Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die Transformation der Grundstoffindustrie legt. Wir sehen den Koalitionsvertrag wie auch die Eröffnungsbilanz von BM Habeck als gute Grundlage an, um jetzt die ersten großen Schritte in Richtung Klimaneutralität und Erreichung der 2030-Ziele zu gehen.

Um dies zu schaffen, wünschen wir uns von der neuen Bundesregierung vor allem Unterstützung bei den folgenden Punkten, die jetzt vordringlich angegangen werden müssen:

Erstens: Die Blockade bei der EU-Kommission zu den Projekten der Stahlindustrie (Innovationsfonds und IPCEI) ist aufzulösen und sicherzustellen, dass es bei der Überführung der Projekte in den neuen Beihilferahmen nicht zu materiellen Einschnitten und/oder zeitlichen Verzögerungen kommt.

Zweitens: Wir halten es für unverzichtbar, dass die Bundesregierung eine klare industriepolitische Perspektive zu den Fit-for-55 Vorschlägen der EU-Kommission einbringt. Es braucht einen verlässlichen Carbon Leakage-Schutz mit der kostenlosen Zuteilung als zentralem Instrument in der Hochlaufphase bis 2030. Der Grenzausgleich spielt perspektivisch eine wichtige Rolle, muss aber erst ausreichend getestet werden und insbesondere auch den Export und die Absatzmärkte der Stahlindustrie in der EU berücksichtigen.

Drittens: Um Planungssicherheit zu erhalten, braucht es für diese großindustriellen Investitionen eine verlässliche Finanzierungsgrundlage, über Legislaturperioden hinweg. Dabei geht es nicht um eine Dauerförderung, sondern um eine angemessene Unterstützung in der Hochlaufphase und eine Absicherung der gewaltigen Risiken, die mit den ersten Investitionen in diese großindustriellen Projekte und dem Teilumbau des Anlagenparks verbunden sind. Die Mehrkosten auf der OPEX-Seite belaufen sich auf kumuliert 6 Milliarden Euro zwischen 2025-2030 für die Umstellung von 10 Millionen Tonnen DRI-Produktion. Hinzu kommen Investitionsmehrkosten von 9 Milliarden Euro.

Um dies zu schultern, sind aus Sicht der Stahlindustrie Klimaschutzverträge das zentrale und richtige Instrument. Sie sollten so ausgestaltet werden, dass sie das Potenzial der neuen Verfahren berücksichtigen, zunächst auch Erdgas als Flexibilitätsinstrument zu nutzen, und damit zugleich eine systemdienliche Nachfrage nach grünem Wasserstoff in der Transformationsphase seitens der Industrie zu schaffen.

Viertens: Die Stahlindustrie braucht eine verlässliche Perspektive, wie wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie gewahrt werden kann. Dazu müssen die bestehenden Belastungsbegrenzungen fortgeführt werden. Darüber, was darüber hinaus kurz- und langfristig politisch getan werden kann, sollte kurzfristig ein Dialog zwischen der Bundesregierung und den betroffenen energieintensiven Industrien initiiert werden. Mit Blick auf den erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien und die Versorgung der Industrie mit grünem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen sollte die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen in stromintensiven Produktionsprozessen gefördert werden.

Was muss 2022 noch dringend angegangen werden?

- Neben diesen mit hoher Priorität anzugehenden Themen sind aus unserer Sicht folgende weitere Themen für das Jahr 2022 zentral: › Die Arbeiten zur Schaffung von grünen Leitmärkten müssen vorangetrieben werden. Die Industrie arbeitet gegenwärtig intensiv an Vorschlägen für praxisnahe Konzepte zur Bilanzierung von CO₂-Emissionen, zu Labeling-Konzepten und zur Definition von Grünem Stahl, die für den Aufbau solcher Märkte in Deutschland und Europa, aber auch weltweit, unverzichtbar sind. Wir wollen diese grünen Märkte so schnell wie möglich entwickeln, um damit auch den staatlichen Förderbedarf zu senken. Deutschland kann und sollte hier eine internationale Führungsrolle übernehmen.

- Die Stahlindustrie unterstützt sehr die im Koalitionsvertrag vorgesehene höhere Ambition beim Aufbau der Elektrolysekapazität. Die sich perspektivisch abzeichnende Nutzungskonkurrenzen bei grünem Wasserstoff dürfte sich durch das Fit-for-55-Paket und die Taxonomie noch verstärken. Die Stahlindustrie wird insbesondere in der Hochlaufphase bis 2030 der wichtigste Anwender von grünem Wasserstoff sein und spielt daher eine wichtige Rolle beim Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur. Als industrieller Ankerkunde mit dem höchsten Wirkungsgrad des Wasserstoffeinsatzes aller Branchen sollte die Stahlindustrie daher auch bei der Fortentwicklung der Nationalen Wasserstoffstrategie eng beteiligt und berücksichtigt werden.
- Die Stahlindustrie begrüßt die Bemühungen um einen globalen Klimaclub. Die am 1. November 2021 getroffene Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten im Bereich von Clean Steel kann ein Nukleus sein, um diese Arbeiten auf sektoraler Ebene zu begleiten. Dabei sollte es zum einen darum gehen, Märkte für klimaneutrale Produkte gerade auch im Stahlbereich zu öffnen. Zugleich braucht es aber auch eine gemeinsame Verständigung mit den Vereinigten Staaten in den Bereichen des Carbon Leakage-Schutzes und des Umgangs mit unfairem Handel. Allen voran müssen die Safeguard-Maßnahmen in ihrer jetzigen Form weitergeführt und Handelsschutzinstrumente konsequent angewendet werden.



WIRTSCHAFTS
VEREINIGUNG **Stahl**

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

Mitglied im

